Annelie Buntenbach

Rede

Gute Arbeit muss drin sein!

Rede zum 1. Mai 2008 in Hannover

BITTE BEACHTEN SIE:

SENDESPERRFRIST: 1. Mai 2008, Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich freue mich sehr, Euch hier zu sehen!

Heute stehen hier und in anderen Städten tausende auf der Straße und demonstrieren für soziale Gerechtigkeit, dafür, dass der Sozialstaat nicht auf der Strecke bleibt, dass es für gute Arbeit auch gutes Geld gibt!

Die Tarifabschlüsse in diesem Jahr können sich wahrlich sehen lassen. Und darauf können – ja, darauf sollten wir durchaus stolz sein. Ob im öffentlichen Dienst, Chemie oder Stahl – in den Tarifauseinandersetzungen haben die Gewerkschaften, habt Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein großes Stück mehr Verteilungsgerechtigkeit erkämpft.

Andere stehen noch am Anfang der Auseinandersetzung oder sind mitten drin: Ich bin sicher, die IG Metall wird einen Spitzenabschluss hinbekommen!

Immer wieder versuchen die Arbeitgeber, Lohnerhöhungen über längere Arbeitszeiten wieder einzusacken und gleichzeitig an Neueinstellungen vorbei zukommen. Das dürfen wir nicht zulassen!

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Post: Ihr kämpft für uns alle! Von dieser Stelle aus unsere besten Wünsche für viel Erfolg und gute Nerven!

Die Gewerkschaften haben 2008 ein deutliches Zeichen gesetzt – und die Botschaft heißt: Schluss mit der Bescheidenheit. Der Aufschwung muss uns allen gehören.

Wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, sind es, die die Rekordgewinne der Unternehmen erarbeiten. Wir sind es, die dafür sorgen, dass die

DGB-Bundesvorstand
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Web: http://www.dgb.de
Tel.: 030 / 240 60 - 0
Fax: 030 / 240 60 - 324

öffentliche Infrastruktur funktioniert – ob in den Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten, bei Bus und Bahn oder bei der Müllabfuhr. Es ist nur recht und billig, dass die Kolleginnen und Kollegen faire Löhne für gute Arbeit bekommen.

Leider gilt das heute nicht mehr für alle. Wir müssen feststellen, dass Arbeitgeber und Politik ein Schattenreich der Arbeit geschaffen haben. Da wird nicht etwa schlecht gearbeitet, aber schlecht sind die Löhne und die soziale Absicherung. Ein Schattenreich der Leiharbeit, der Dumpinglöhne, der Ein-Euro-Jobs.

Da flüchten die Arbeitgeber aus der Tarifbindung, und in diesen trüben Gewässern bieten so genannte Christliche Gewerkschaften ihre käuflichen Dienste in Sachen Lohndumping an.

Aber: Wie soll denn jemand mit 3 oder 4 oder 5 Euro Stundenlohn leben? Oder gar daran denken, eine Familie zu gründen? Wovon sollen die Kolleginnen und Kollegen denn im Alter leben?

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass unsere Gesellschaft weiter gespalten, dass immer mehr Menschen in Armut und Unsicherheit abgedrängt werden!

Gleichzeitig haben wir uns jahrelang anhören müssen, wir – und nur wir – müssten den Gürtel enger schnallen. Jahrelang gab es Reallohnverluste für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Während die Gewinne steigen, die Managergehälter explodieren und die Korruption wie bei Siemens fröhliche Urständ feiert…

Damit muss Schluss sein. Und damit ist jetzt Schluss!

Gutes Geld für gute Arbeit, darum geht's. Dafür stehen die Gewerkschaften. Dafür kämpfen wir.

Anrede

Politiker sagen immer gern: „Leistung muss sich lohnen". Doch wie muss das klingen für die 1,3 Millionen so genannten Aufstocker – 1,3 Millionen Beschäftigte, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich ALGII beziehen müssen. Obwohl die Hälfte davon Vollzeit arbeitet. Das hat mit Leistung oder Leistungsgerechtigkeit nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

Gleichzeitig müssen wir uns von Prof. „Unsinn" oder anderen Wirtschaftszwergen anhören, dass im Niedriglohnbereich nur Nichtskönner arbeiten, die im Grunde nichts erwirtschaften und deshalb auch keine anständigen Löhnen erwarten können.

Kann mir mal jemand erklären, warum zum Beispiel ein Altenpfleger oder eine Erzieherin so unendlich viel weniger verdienen als ein Herr Ackermann, ein Herr Piech oder diese Herren Professoren? Das sind hoch qualifizierte Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Engagement und Aufopferung für unsere Gesellschaft einsetzen – und zum Dank mit einem Einkommen abgespeist werden, mit dem sie vorne und hinten nicht klarkommen.

Wenn das Einkommen immer so groß wäre wie das Können, dann könnte sich so mancher Professor von seinem Gehalt nicht mal mehr eine Tüte Brötchen leisten!

Arm trotz Arbeit – das dürfen und werden wir nicht hinnehmen. Deshalb brauchen wir endlich das, was in fast allen europäischen Ländern eine Selbstverständlichkeit ist: den Mindestlohn.

Wo es Mindestlöhne gibt, geht übrigens keineswegs die Wirtschaft in die Knie, im Gegenteil. Großbritannien hat ihn sogar kürzlich noch erhöht.

Mindestlöhne, das ist nicht allein Sache der Tarifpartner, das ist auch Sache der Politik. Die Union muss hier endlich runter von der Bremse!

Warum ist denn Lohndumping inzwischen so ein Riesenproblem? Weil die Tarifautonomie von immer mehr Arbeitgebern unterlaufen wird. Tarifflucht – das ist ein Kernproblem. Und an dieser Stelle darf die Union nicht länger kneifen! Das gilt nicht zuletzt für öffentliche Aufträge: Wer die Tarifautonomie stärken will, der kann nicht gleichzeitig gegen Tariftreue und eindeutige Vergaberichtlinien sein.

Worum geht es dabei? Es kann nicht sein, dass öffentliche Aufträge weiter an Firmen gehen, die Hungerlöhne zahlen, die längsten Arbeitszeiten aus den Kollegen herauspressen und sie dann noch um ihre soziale Absicherung betrügen, weil's so am billigsten ist.

Gute Arbeit – das kann man dann in den Wind schreiben, das ist der Rückfall in den Frühkapitalismus. Dann wird der skrupelloseste Mafiaboss der erfolgreichste Bauunternehmer, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss die Politik verhindern, in Deutschland und in Europa!

Deshalb brauchen wir Tariftreuegesetze, darum haben wir lange gekämpft, und wir haben sie noch lange nicht in allen Bundesländern umgesetzt – hier in Niedersachsen schon.

Der Europäische Gerichtshof hat vor kurzem in einem Urteil über einen Fall hier aus Niedersachsen erklärt, dass Tariftreueregelungen mit Europarecht nicht vereinbar wären. Dienstleistungsfreiheit, meint der EuGH, hat Vorrang vor sozialen Rechten.

Gegen diese Haltung, die Europa kaputt macht, werden wir gemeinsam mit den anderen europäischen Gewerkschaften richtig Druck machen müssen. Europa findet nicht in Brüssel statt, sondern fällt uns hier in Hannover oder Berlin auf die Füße – wenn wir uns nicht energisch einmischen!

Die sozialen Rechte gehören ganz oben auf die politische Tagesordnung von Europa! Und dazu gehören Mindestlöhne, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Natürlich wollen wir vorrangig tarifliche Mindestlöhne vereinbaren – wie wir sie z.B. am Bau schon lange haben. Aber wir sehen doch schon beim Entsendegesetz, dass viele Arbeitgeberverbände nicht wollen – oder wenn, dann auf einem Niveau, das unter jeder Schamgrenze liegt.

Deshalb bleiben wir auch bei unserer Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro. Wir brauchen eine unterste Haltelinie, unter die niemand gedrückt werden kann.

Wir brauchen Mindestlöhne auch deshalb, weil immer mehr Arbeitgeber die öffentlichen Kassen plündern und die Hungerlöhne, die sie ihren Beschäftigten zahlen, durch den Griff in die Hartz-IV-Kasse hochsubventionieren lassen. Dieser Missbrauch muss endlich beendet werden!

Mit guter Arbeit hat der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt leider viel zu wenig zu tun – was boomt, ist der Niedriglohn und die prekäre Beschäftigung.

Leiharbeit, Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs oder befristete Beschäftigung – all diese Formen von schlecht oder gar nicht abgesicherter Beschäftigung, kurz: von „schlechter Arbeit“, gehören inzwischen für Millionen Menschen zum Alltag.

Viele Menschen fühlen sich inzwischen nicht nur als Beschäftigte zweiter Klasse – sie werden auch so behandelt. 2,5 bis 3 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland zu Löhnen, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittlohns betragen, die meisten davon Frauen. Fast sieben Millionen Minijobs, über zwei Millionen neue Selbständige in prekären Lebenslagen. Über zwei Millionen Menschen haben inzwischen zwei oder mehr Jobs, die meisten, weil sie von einem Job nicht leben können.

Beispiel Leiharbeit: Das sind inzwischen rund 650.000 Menschen, doppelt so viele wie noch im Jahre 2003.

Wie das abläuft, hat mir vor kurzem ein Kollege aus einem Metallbetrieb aus eigener Erfahrung erzählt: Er ist entlassen worden, hat dann bei einer Leiharbeitsfirma einen Job gefunden, und wohin ist er dann verliehen worden? Auf seinen alten Arbeitsplatz, für genau dieselbe Arbeit wie vorher auch, aber für viel weniger Lohn und ohne Perspektive. Und das ist kein Einzelfall.

Wer uns erzählen will, dass eine solche Art von Leiharbeit nötig wäre, um flexibel Produktionsspitzen abzufangen, der will uns für dumm verkaufen. Das ist nichts anderes als übelste Lohndrückerei und Erpressung – und das ist eine Riesensauerei, die wir uns nicht bieten lassen werden!

Gleiche Arbeit – gleiches Geld! Das muss auch für die Leiharbeit gelten. Diese Forderung geht an die Adresse der Arbeitgeber und an die Adresse der Politik.

Wir selbst sind dabei auch gefragt. Es ist nämlich richtig und wichtig, dass wir auf die Kolleginnen und Kollegen zugehen und sagen: Ja, wir gehören zusammen. Wir lassen nicht zu, dass die Belegschaften gespalten werden. Denn das hilft am Ende niemandem. Nur mit vereinten Kräften können wir die Arbeitsbedingungen verbessern und gute Arbeit für alle durchsetzen!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dafür kämpfen wir schon lange, und dass Frauen immer noch im Schnitt über 20 Prozent weniger verdienen als Männer, ist eine Schande. Hier ist die Politik, aber hier sind auch wir selbst gefordert, damit wir nicht

auch noch die nächsten zwanzig Jahre in Maireden diesen Zustand beklagen müssen.

Anrede,

wenn es uns nicht gelingt, den Niedriglohnbereich einzudämmen, wird auch die Kinderarmut in unserem reichen Land weiter zunehmen. Jedes sechste Kind lebt heute in Armut, in Berlin sogar jedes dritte.

Die zunehmende Armut ist auch eine Folge der Hartz-Reformen. Fördern aus einer Hand – so hieß das große Versprechen. Die Realität sieht anders aus: Arbeitslose werden in jeden noch so mies bezahlten Job gezwungen. Die BA vermittelt Arbeitslose in Drei-Euro-Jobs. Das darf doch wohl nicht wahr sein!

Doch das ist sicher nur die Spitze des Eisbergs. Das Problem ist ein politisches: Denn die ganz große Koalition hat durch die verschärfte Zumutbarkeit dem Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Und dieses Problem muss die Politik lösen.

Wer sagt: „Ja, Lohndumping muss weg.“, wer sagt: „Ja, wir wollen gute Arbeit.“ – der muss auch Ja sagen, wenn es um zumutbare Jobs geht. Und darf nicht zulassen, dass Arbeitslose in miese Jobs zu unmenschlichen Bedingungen gezwungen werden. Alles andere wäre unglaubwürdig, unehrlich und unverantwortlich.

Anrede

Hartz IV ist doch eine der Ursachen, warum wir heute für Mindestlöhne streiten, ja streiten müssen – weil eben alle Dämme gebrochen sind. Und wer Lohndumping den Kampf ansagt, der darf sich an dieser Stelle nicht länger blind stellen.

Hartz IV hat die Republik grundlegend verändert. Die Verunsicherung hat die Mittelschicht längst erreicht. Eine Mittelschicht, die immer mehr zusammenschmilzt. Das zeigen die Zahlen, und das fühlen die Menschen.

Der Absturz kann schnell und tief sein, wenn Nokia schließt, die Deutsche Bank entlässt. Seit Hartz IV geht es dann schnell ans Eingemachte. Viele müssen all das, was sie sich aufgebaut haben, aufbrauchen, bevor sie ins Arbeitslosengeld II fallen.

Die Angst prägt das Klima – da fällt die Einschüchterung durch die Lidl-Kameras auf fruchtbaren Boden. Ich dachte, die Zeit der Menschenjagd hätten wir hinter uns!

Nach unten geht es inzwischen furchtbar schnell, aber wieder ein Stück nach oben zu kommen, ist dagegen unglaublich schwer geworden. Wer schafft denn mit 40 und einem Jahr Hartz IV noch den Wiederaufstieg? Wer über 50 findet denn, wenn er oder sie einmal draußen ist, noch einen neuen Job, der halbwegs anständig bezahlt und abgesichert ist?

Bei den Jugendlichen sieht es nicht besser aus: Ausbildungsmisere, Warteschleifen für Altbewerber, Dauerpraktika für Hochqualifizierte, befristete Jobs, erzwungene Selbständigkeit.

Kinder aus armen Familien haben von vornherein keine Chance auf vernünftige Bildung, auf eine gute Arbeit und einen guten Platz in der Gesellschaft. Und wer nicht gerade mit einem silbernen Löffel im Mund geboren wird und wo Vater oder Mutter aus der Türkei, Italien, Griechenland oder woher auch immer zugewandert sind, der kann noch so gute Schulnoten haben, da sieht es mit der Chance auf einen Ausbildungsplatz noch schlechter aus.

Für meine Eltern war es eins der ganz großen Ziele in ihrem Leben, dass ihre Kinder es einmal besser haben sollten. Und sie sind stolz darauf, dass sie ihren Töchtern eine so gute Ausbildung möglich machen konnten, auf die sie selbst keine Chance gehabt haben.

Anrede

Ich weiß, dass viele von Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso empfinden. Deshalb ist es eine Schande, dass die soziale Herkunft in Deutschland stärker über die Bildungschancen unserer Kinder entscheidet als irgendwo sonst in Europa.

Wir wollen eine bessere Zukunft für unsere Kinder! Wir werden uns nicht damit abfinden, wenn Armut und Ausgrenzung vererbbar werden!

Anrede

Die rechtsextremen Gewaltstraftaten liegen nach wie vor auf einem bedrückend hohen Niveau.

Mit der NPD ist eine klar am Nationalsozialismus orientierte Partei inzwischen in zwei Landtagen vertreten und baut ihre Infrastruktur immer weiter aus – unter dem Schutz des Parteienprivilegs. Von unseren Steuergeldern bezahlen diese Widerlinge ihre Aufmärsche und ihre Hetzpropaganda! Jede zweite von ihren Hass-CDs, die sie auf den Schulhöfen verteilen, spendieren wir, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Damit muss endlich Schluss sein! Die NPD muss verboten werden – ein neues Verfahren darf nicht noch einmal am Verfassungsschutz scheitern, es muss gründlich vorbereitet werden. Wie sich die CDU-regierten Länder dem verweigern, ist unverantwortlich!

Wir brauchen mehr als das Verbot von rechtsextremen Organisationen. Wir dürfen den Neonazis keinen öffentlichen Raum lassen – nicht bei Veranstaltungen, nicht bei Aufmärschen, nirgendwo.

Ausgerechnet die, die die Gewerkschaften 1933 zerschlagen haben, die das Führerprinzip auch im Betrieb wollen, für die Menschen- und Bürgerrechte, für die Arbeitnehmerrechte absolute Fremdwörter sind, wollen jetzt auch noch die soziale Frage okkupieren, die Verunsicherung der Menschen auf ihre Mühlen lenken!

Das werden wir nicht zulassen, hier heißt es glasklare Kante zeigen!

Dafür haben gerade wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter allen Grund:

In diesem Jahr jährt sich zum 75. Mal der Sturm der Nazis auf die Gewerkschaftshäuser.

Für uns bleibt lebendige Verpflichtung: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Anrede

zu guter Arbeit gehört im Alter eine anständige Rente und ein würdiges Leben.

Das ist schon heute für viele schwer – auf dem Rentenbescheid einer Floristin habe ich vor kurzem gelesen: 632 Euro. Und das nach 40 Jahren Vollzeit. Das ist bitter. Und es wäre noch weniger, wenn die ganzen beschlossenen Rentenkürzungen sich schon ausgewirkt hätten.

Wenn man den Statistiken glauben darf, ist Altersarmut im Moment noch nicht sehr verbreitet. Noch. Denn, wenn sich nichts ändert, droht Millionen Beschäftigten in Zukunft Armut im Alter.

Vor allem all denen, die wenig verdienen, längere Zeit arbeitslos waren oder sich mal als Selbständige durchschlagen mussten. Weil sie kaum eine Chance haben, sich eine halbwegs sichere Rente aufzubauen. Und weil die Renten – im Übrigen auch die Leistungen für Arbeitslose – so stark gekürzt worden sind.

Aber: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss auch sicher sein können, im Alter eine Rente zu haben, von der man auch leben kann!

Anrede

Wir brauchen Reformen in der Alterssicherung – da geht es um das Rentenniveau der Zukunft für alle, aber auch um eine bessere Absicherung von Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen, wenn wir Altersarmut verhindern wollen.

Wir brauchen eine Rente nach Mindesteinkommen. Ich verstehe überhaupt nicht, warum die Politik auf den Vorstoß von Rüttgers, Minirenten aufzuwerten, so allergisch reagiert.

Wobei aber auch der Maßstab klar sein muss: Je früher wir zu anständigen Mindestlöhnen kommen und je schneller aus prekären Jobs wieder abgesicherte Beschäftigung wird, desto weniger werden wir mit der Altersarmut zu kämpfen haben.

Wenn Sie die Rente retten wollen, Herr Rüttgers, dann fangen Sie mit den Mindestlöhnen an, und machen Sie bei der Leiharbeit weiter!

Mit Basta-Politik kann die Regierung jedenfalls das Zukunftsproblem Altersarmut nicht unter den Teppich kehren. Hier geht es übrigens um die Rentnerinnen und Rentner der Zukunft, die junge und mittlere Generation.

Bevor die jungen Abgeordneten wegen 13 Euro monatlich, die sie jetzt bei der

etwas höheren Rentenerhöhung ihrem Opa nicht gönnen, einen Aufstand machen, sollten sie sich lieber einmal genau ansehen, wie bei den Rentensenkungen, die in den letzten Jahren beschlossen worden sind, die Renten in der Zukunft aussehen. Aber vielleicht ist ihnen das ja auf der sicheren Insel ihrer Abgeordneten-Rente auch nicht so wichtig…

Wir lassen uns weder von ihnen noch von einem Alt-Bundespräsidenten in einen Krieg der Generationen hineinreden – wir kämpfen gemeinsam dafür, dass die sozialen Sicherungen zukunftsfähig sind und dass die Verteilung sozial gerecht wird. Dafür werden wir die Arbeitgeber und Besserverdienenden nicht aus der Verantwortung lassen, egal wie alt sie sind!

Anrede,

zur „Guten Arbeit“ gehört auch die Frage, wie lange man arbeiten kann und wie lange man arbeiten muss. Hier hat die große Koalition im letzten Jahr eine Entscheidung getroffen, die für mich der Gipfel des Realitätsverlustes ist, nämlich die Rente mit 67.

Wissen diese Leute eigentlich, wie es im Arbeitsleben zugeht? In mehr als der Hälfte der Betriebe sucht man heute vergeblich nach Kollegen über 50. Gerade einmal jeder Fünfte schafft es, überhaupt bis 65 zu arbeiten, am Bau ist es nur jeder Zehnte. Die anderen sind schon lange vorher raus, weil sie entweder keinen Job mehr haben oder es gesundheitlich nicht mehr schaffen. Wie soll es da bis 67 gehen?

Die Lücke, die zwischen dem Ende des Arbeitslebens und dem Beginn der Rente klafft, wird immer größer. Viele werden noch höhere Abschläge haben und drohen noch in Hartz IV zu rutschen, wo sie ihre Rücklagen fürs Alter aufbrauchen müssen und aus der Sozialhilfe kaum noch rauskommen. Damit die Menschen nicht in dieses Loch fallen, brauchen wir flexible, vernünftig abgesicherte Übergänge von der Arbeit in die Rente.

Wir brauchen weiterhin die Altersteilzeit, und zwar mit der Förderung durch die Bundesagentur, damit die Stellen nicht gestrichen werden, sondern die Jugendlichen eine Chance zum Einstieg bekommen! Auf die Unterstützung, die uns der Wahlkämpfer Wulff hier versprochen hat, warten wir übrigens immer noch.

Und wir brauchen eine Reform der Erwerbsminderungsrente! Wer es nicht mehr schafft, weil er oder sie sich kaputtmalocht hat, muss vorzeitig in Rente gehen können, und zwar ohne Abschläge! Wer nicht mehr kann, darf nicht noch draufzahlen müssen!

Anrede,

lasst mich noch ein Wort zur Rente mit 68,5 sagen, der neuesten Absurdität der Bundesbank. Mit solch unsinnigen Debatten sollen wir in neue Abwehrkämpfe verstrickt werden, so dass uns die Rente mit 67 schon wie ein Segen vorkommt und wir nichts mehr dagegen unternehmen. Da haben sie sich aber geschnitten!

Die Rente mit 67 ist und bleibt eine grundfalsche Entscheidung und muss vom Tisch!

Anrede,

bei den so genannten Sozialreformen der Vergangenheit ging es vor allem ums Geld. Immer nur um unser Geld. Wir müssen seit Jahren immer mehr an Lasten schultern, während diejenigen, die mit dem silbernen Löffel im Mund geboren werden, fein raus sind. Das gilt für die Belastungen bei den Steuern oder der ganzen Privatisierungsarie bei den Sozialversicherungen.

Wir wollen, dass endlich auch ein Herr Ackermann, die Gebrüder Albrecht und wie sie alle heißen, in die Verantwortung genommen werden, wenn es um die Absicherung für Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflege geht.

Das gilt vor allem für die Gesundheit: Wir brauchen keinen Gesundheitsfonds, sondern die Bürgerversicherung!

Was ist das für ein Irrsinn, wenn die einen sich mit der Zweiklassengesellschaft in den deutschen Wartezimmern herumschlagen müssen, während die andern mal eben zum Spezialisten in die USA jetten!

Und deshalb sagen wir: Ja, wir wollen den Sozialstaat reformieren. Und zwar grundsätzlich. Dabei geht es um mehr Solidarität und mehr Gerechtigkeit, darum, dass alle, unabhängig vom Geldbeutel, Zugang zu guten Leistungen im Gesundheitswesen haben, zu Bildung und Ausbildung. Und darum, dass sich die mit dem dicksten Geldbeutel sich nicht einfach nach Liechtenstein oder sonstwo verdrücken können.

Da müssen wir ran. Das ist die entscheidende Frage, wenn wir über Gerechtigkeit sprechen. Auch und gerade über die Gerechtigkeit der Generationen.

Anrede

Gute Arbeit für alle – das ist unser Anspruch und Herausforderung zugleich.

Wir haben einiges bewegen können. Nutzen wir den Rückenwind, die breite Zustimmung in der Bevölkerung für eine bessere und gerechtere Zukunft. Das geht nur mit starken Gewerkschaften.

In diesem Sinne.
Glückauf!